



ZAM e.V.

Pressemitteilung

Das Gedenken an die rassistischen Morde von Hanau und die Rolle der Augsburgischer Polizei

Der Aufwind der AfD, haarsträubende Migrationspolitik und die Ergebnisse der Correctiv Recherche bewegen das ganze Land. In vielen Städten gehen Menschen auf die Straße und demonstrieren. Gegen Rechts, für eine offene Gesellschaft, für Demokratie.

Sich solidarisch an die Seite der Betroffenen rassistischer Gewalt zu stellen klingt wie ein logischer nächster Schritt. Die rassistisch motivierten Morde von Hanau erschütterten 2020 das ganze Land. Einerseits sind sie nur ein kleiner Ausschnitt einer lang andauernden und immer noch anhaltenden Aneinanderreihung rassistischer Gewalttaten in Deutschland. Andererseits sind sie, vor allem dank der konsequenten Haltung und unermüdlichen Arbeit der Angehörigen und ihrer Unterstützer*innen mittlerweile zu einem Symbol geworden.

Ein Symbol dafür, dass Erinnern auch Verändern bedeutet. Es geht nicht um die Tat eines Einzelnen, es geht um den rassistischen Normalzustand, konkret geht es auch um die Rolle der Polizei, der Hanauer Staatsanwaltschaft und des hessischen Innenministeriums. Durch die Arbeit von Angehörigen und Unterstützer*innen wird klar, wie wenig die Behörden daran interessiert sind, Menschen vor rassistischer Gewalt zu schützen. Es wird offenbar, dass Polizei und Politik für den Tod der neun jungen Menschen mitverantwortlich sind. Und, dass dieses schreckliche Versagen der Institutionen System hat.

Der polizeilich verordnete verschlossene Notausgang an einem der Tatorte, der Menschen das Leben hätte retten können, der wissentlich unterbesetzte Notruf, rechtsextreme Polizisten, die an den Ermittlungen zu rassistischen Morden beteiligt sind, Vertuschung und ein skandalöser Umgang mit Angehörigen haben System.

Aus diesem Grund ist das Auftreten und die Präsenz der Polizei bei den diesjährigen Gedenkveranstaltungen in Augsburg aus unserer Sicht völlig unangebracht. Ein breites Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen haben sich im Vorfeld an der Ausrichtung der Gedenkveranstaltungen am 19. Februar beteiligt – und auch bereits im Vorfeld wurden uns bei der Anmeldung der Veranstaltung Steine in den Weg gelegt. Mit Erstaunen mussten wir feststellen, dass wir bereits beim Eintreffen am Veranstaltungsort (ca. eine Stunde vor Beginn der Demonstration) von einer großen Menge an bewaffneten Polizisten in Kampfmontur empfangen wurden.



ZAM e.V.

Wer die Anfangskundgebung am Ulrichsplatz besuchen wollte, musste zunächst durch ein Spalier aus mehreren Dutzend Beamten des USK (Unterstützungskommandos), das die „Bekämpfung von schweren Ausschreitungen“ zur Aufgabe hat. Gerade bei einer Gedenkveranstaltung, wie jene am vergangenen Montagabend, eine sehr fragwürdige Einschüchterungstaktik, welche uns betroffen nachhause gehen ließ. Auch am Rathausplatz, wo explizit zu einer ruhigen Gedenkveranstaltung aufgerufen wurde, standen Beamte mit einem Diensthund vor dem Rathaus bereit. Die heitere Stimmung einiger Beamter irritierte – vor allem als Audioaufnahmen der Angehörigen der Ermordeten aus Hanau abgespielt wurden. Was es hierbei zu lachen gab, fragen wir uns heute noch.

Mehrere Teilnehmer*innen der Demonstration kamen auf uns zu und teilten ihr Unverständnis und ihre Angst mit uns. Die Organisator*innen berichteten von Polizeibeamten, welche ausschließlich eskalierend und schreiend zu kommunizieren wussten. Es war ein Gefühl der Bedrohung und Einschüchterung welches uns und die Teilnehmenden der Demonstration bei diesem Gedenken begleitete. Dass das Versammlungsrecht ja eigentlich eines unserer Grundrechte ist und nichts kriminelles, war bei dieser Polizeipräsenz und Drohkulisse fast nicht mehr erkennbar. Gerade an einem Tag wie diesem, aber eigentlich an jedem Tag, auf jeder Demonstration wünschen wir uns eine Atmosphäre, die frei von Angst ist. Gerade damit sich die Betroffenen von rechter und rassistischer Gewalt auch trauen können, auf solche Gedenkveranstaltungen zu kommen.

Gerade wenn sich Menschen zu einem Gedenken versammeln, einem Gedenken an einen rassistischen Mord, unterstützt durch rassistische Strukturen in Behörden und bei der Polizei, gerade, wenn es darum geht, dass Behörden und Polizei etwas gut zu machen haben, gerade wenn es darum geht, dass sich irgendwann alle Menschen in diesem Land sicher fühlen können, erwarten wir ein anderes Auftreten der Polizei. Wir erwarten Zurückhaltung und Entgegenkommen statt Einschüchterung und Kriminalisierung. Wir erwarten Veränderung.

Say their Names – Erinnern heißt verändern.



ZAM e.V.

Presseanfragen: info@zam-ev.com